

Frau Landesstatthalterin  
Dr. Barbara Schöbi-Fink  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, 24. November 2023

## **Was unternehmen Sie, um Lehrer:innen an Pflichtschulen mit mehr Personal zu unterstützen?**

Sehr geehrte Frau Landesstatthalterin,

seit Jahren kämpfen Schulen gegen eine Personalnot an, die vielfach dazu führt, dass der Betrieb nur noch unter enormem organisatorischen Aufwand und hoher persönlicher Einsatzbereitschaft von Schulleiter:innen und Lehrkräften aufrechterhalten werden kann. Die Qualität des Unterrichts wird allerdings nicht besser, wenn Lehrpersonen überlastet sind und gerade einmal die Pflichtgegenstände abgedeckt werden können.

In einer Pressekonferenz am 5. September 2023 war von Ihnen zu erfahren, dass es gelungen sei, den Bedarf an Lehrpersonen für Pflichtschulen weitgehend zu decken, um alle Pflichtgegenstände abzudecken. Allerdings sei wie in der Vergangenheit mit Einschränkungen bei den Zusatzangeboten (Freifächer, unverbindliche Übungen) zu rechnen. Die Bemühungen zur Rekrutierung zusätzlicher Lehrkräfte sollen konsequent fortgesetzt bzw. ausgebaut werden.

Laut Alexandra Loser, Vorsitzende der Lehrer:innengewerkschaft in Vorarlberg, brauche es 300 zusätzliche Pädagog:innen, um einen geregelten Betrieb gewährleisten zu können. Die Folgen des akuten Personalmangels für den Unterricht seien Stundenausfälle und Abbau von Zusatzleistungen. Personalausfälle, wie sie bereits im letzten Jahr aufgrund der hohen Belastung immer wieder vorkamen, könnten mit dem aktuellen Personalstand nicht mehr kompensiert werden.<sup>1</sup>

Während in Mittelschulen in den Hauptfächern (und in manchen Fällen auch in Nebenfächern) nach wie vor zwei Lehrpersonen im Teamteaching arbeiten, was sicher notwendig und eine gute Lösung ist, gibt es das nicht in Volksschulen.

---

<sup>1</sup> Presseaussendung des ÖGB Vorarlberg: "Lehrer:innenmangel: Qualität in Schulen gefährdet" vom 04. September 2023

Die Voraussetzungen wären nicht schlecht: 2013 wurde in Vorarlberg beschlossen, in Volksschulen an jedem Standort pro Klasse – abhängig von der Größe des Schulstandortes – in etwa eine bis drei Wochenstunden für eine zweite Lehrperson zu bewilligen. Für die hohen Anforderungen an die einzelne Lehrperson war das der erste Schritt für eine notwendige Entlastung.

Heute fehlt dafür schlicht und einfach das Personal, sodass die Lehrpersonen weiterhin als Einzelkämpfer:innen die vielen Anforderungen bewältigen sollen. Das stellt eine massive Belastung für Lehrerinnen und Lehrer dar. Viele kämpfen Tag für Tag mit diesen Ansprüchen, möchten ihnen genügen, das Beste für „ihre“ Kinder erreichen – und müssen doch einsehen, dass dies auf diese Art – allein in der Klasse – viel zu oft einfach unmöglich ist.

Jetzt im Herbst, wenn die Krankenstände steigen, ist die Situation an vielen Schulen besonders angespannt. Wenn Lehrer:innen ausfallen, müssen die Stunden von ihren Kolleg:innen gehalten werden. Wegen der ohnehin angespannten Personalsituation steigt damit die ohnehin schon große Belastung auf die einzelnen Lehrer:innen nochmals. Und auch für die Kinder ist es nicht optimal, von Lehrkräften unterrichtet zu werden, die auf den genauen Stand der Klasse beim Lehrstoff naturgemäß weniger detailliert eingehen können als die klassenführende Lehrperson. Besonders schwierig ist die Situation für jene Kinder, die auf besonderen Förderbedarf angewiesen sind: Denn auch jene (ohnehin wenigen) Lehrpersonen, die zu deren Unterstützung bei ihnen in den Klassen sein sollten, werden dann zum Supplieren abgezogen.

Mit dem Schuljahr 2023/24 sind zudem neue Lehrpläne und Kompetenzraster in der Volksschule, der Mittelschule und der AHS-Unterstufe in Kraft getreten. So wird etwa das Fach „Lebende Fremdsprache“ in der Grundstufe II (3. + 4. Schulstufe) zu einem Pflichtgegenstand. Zusätzlich wurden Neuerungen zur Leseförderung über Begabungs- und Begabtenförderung angekündigt. Für Lehrkräfte bedeutet die Umstellung einen zusätzlichen Mehraufwand.

Es wäre daher höchst wünschenswert und notwendig, den Volksschulen mehr Kontingente zur Verfügung zu stellen, sodass zumindest an jedem Schultag für eine Lektion eine zweite (Assistenz-)Lehrperson eingesetzt werden könnte – und dies unabhängig davon, ob Kinder mit Bescheiden bzw. Gutachten Teil der Klassengemeinschaft sind.

Interessant ist vor diesem Hintergrund, dass von Bildungsminister Polaschek noch vor den Sommerferien angekündigt wurde, dass vom Ministerium Pläne für einen neuen pädagogischen Assistenzberuf ausgearbeitet werden würden, um die Freizeitpädagog:innen ins Schulsystem zu integrieren. Das Angebot an pädagogischer Assistenz an Schulen soll demnach deutlich ausgeweitet werden.<sup>2</sup> Könnte man damit vielleicht auch die Lehrkräfte an den Volksschulen gezielt unterstützen?

Um zu erfahren, wie Sie angesichts des dargestellten Sachverhalts die Qualität des Unterrichts in den Schulen – speziell in den Volksschulen - aufrecht erhalten wollen, stelle ich gem. § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgende

## **A n f r a g e**

---

<sup>2</sup> [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2023/pk0724](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0724)

an Sie:

1. Warum haben Sie angesichts der Personalmangels (insbesondere an den Volksschulen) bislang noch keine Initiative zur unterstützenden Anstellung von Schulasistent:innen gestartet und gibt es bereits entsprechende Pläne dazu?
2. Sind Sie als zuständige Referentin in die angekündigten Pläne des Bildungsministers eingebunden, Ausbildungslehrgänge für einen neuen pädagogischen Assistenzberuf einzuführen und die Freizeitpädagog:innen ins Schulsystem zu integrieren? Wenn nein, stehen Sie diesbezüglich zumindest im Austausch mit dem zuständigen Ministerium? Wenn ja, welche Position vertreten Sie in diesem Prozess und wie ist der aktuelle Stand der Dinge?
3. Ist Ihrerseits vorgesehen, den Volksschulen mehr Kontingente zur Verfügung zu stellen, sodass zumindest an jedem Schultag für wenigstens eine Schulstunde eine zweite (Assistenz-) Lehrperson eingesetzt werden könnte? Wenn ja, wie sehen die konkreten Pläne aus? Wenn nein, warum nicht?
4. Laut Medienberichten haben Sie eine Werbekampagne zur Abwerbung von Lehrpersonen in anderen Bundesländern – u. a. im Burgenland - durchgeführt. Welche Kosten sind dafür angefallen und welche Resultate können Sie vorweisen? (Bitte um eine detaillierte Aufzählung nach Anzahl und Herkunft aus Ländern.)
5. Wie viele der aktuell unterrichtenden Lehrpersonen an Pflichtschulen verfügen über keine vollwertige pädagogische Ausbildung und welche Ausbildung können Sie stattdessen vorweisen?
6. Welche zusätzlichen Initiativen haben Sie gesetzt oder geplant, um eine Entlastung der Volksschullehrer:innen in ihren vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben zu gewährleisten?

Mit bestem Dank für eine ausführliche Beantwortung,

LAbg. Manuela Auer

An die Landtagsabgeordnete  
Manuela Auer  
SPÖ  
im Wege der Landtagsdirektion  
6900 Bregenz

Bregenz, am 15. Dezember 2023

Betreff: Was unternehmen Sie, um Lehrer:innen an Pflichtschulen mit mehr Personal zu unterstützen?  
Anfrage vom 24.11.2023, Zl. 29.01.476

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages beantworte ich wie folgt:

**1. Warum haben Sie angesichts der Personalmangels (insbesondere an den Volksschulen) bislang noch keine Initiative zur unterstützenden Anstellung von Schulasistent:innen gestartet und gibt es bereits entsprechende Pläne dazu?**

Mit der Gründung der Schulischen Assistenz und Freizeitbetreuung GmbH Vorarlberg vor drei Jahren hat das Land Vorarlberg bereits seit dem Schuljahr 2020/21 eine Möglichkeit geschaffen, unterstützendes Personal zu beschäftigen und damit das Lehrpersonal spürbar zu entlasten.

	Personen	Wochenstunden am Kind	Planstellen
2020/21	36	626	28
2021/22	177	2.907	132

2022/23	273	4.177	189
2023/24	324	4.839	196

Der schnelle und flächendeckende Ausbau der Schulasistenz bringt daher bereits eine umfassende Entlastung der Lehrpersonen. Im Schuljahr 2023/24 sind an 153 Pflichtschulen (von insgesamt 237 Pflichtschulen) Schulasistenzkräfte im Einsatz. Dies zusätzlich zu den bereits seit vielen Jahren bestehenden Förderpaketen des Landes für zusätzliche Personalressourcen im Unterricht (Inklusionstopf, Volksschulpaket, Brennpunktschulen u.v.m.).

**2. Sind Sie als zuständige Referentin in die angekündigten Pläne des Bildungsministers eingebunden, Ausbildungslehrgänge für einen neuen pädagogischen Assistenzberuf einzuführen und die Freizeitpädagog:innen ins Schulsystem zu integrieren? Wenn nein, stehen Sie diesbezüglich zumindest im Austausch mit dem zuständigen Ministerium? Wenn ja, welche Position vertreten Sie in diesem Prozess und wie ist der aktuelle Stand der Dinge?**

Ich war grundsätzlich über die bisherigen, nichts bis ins Detail ausgereiften, Pläne des Bildungsministers informiert und habe deren Stoßrichtung geteilt. Diese Pläne waren auch Thema bei der LandesbildungsreferentInnenkonferenz und Gegenstand der FAG-Verhandlungen.

Die LandesbildungsreferentInnenkonferenz hat dazu am 29. September 2023 in Klagenfurt den nachstehenden Beschluss gefasst:

*„Die LandesbildungsreferentInnenkonferenz ersucht Herrn Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und Herrn Bundesminister für Finanzen die personelle Abdeckung der schulischen Tagesbetreuung/GTS sicherzustellen und im Sinne der erforderlichen Gruppen und Stunden auszufinanzieren. Sollte die Einführung der Assistenz- und Freizeitpädagog:innen weiter verfolgt werden, ist zur Klärung offener Fragen in der Umsetzung eine fachliche Abstimmung mit den Ländern sowie dem Gemeinde- und dem Städtebund dringend und zeitnah erforderlich. Die LandesbildungsreferentInnenkonferenz fordert eine Fortsetzung und Erhöhung der Mittel des Bundes für die Länder im Bildungsinvestitionsgesetz.“*

Aus der aktuellen Regierungsvorlage zum FAG 2024 u.a. (s. 2305 BlgNR, XXVII. GP, RV, S. 14f) geht Folgendes hervor:

*„Die Finanzausgleichspartner legen als politisches Ziel fest, das gesamte pädagogische Personal an Pflichtschulen bei einem Dienstgeber (Länder) zusammenzuführen und damit eine Reform der schulischen Tagesbetreuung mit einem langfristig stabilen Finanzierungsmodell aus dem Stellenplan für Pflichtschulen zu erreichen. Entsprechende Vorschläge werden seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgearbeitet und mit den Ländern sowie dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund – auch in finanzieller Hinsicht – abgestimmt.“*

*Für den Zeitraum bis zur Umsetzung der Strukturreform im Bereich der Personalbereitstellung leistet der Bund weiterhin die Zweckzuschüsse gemäß dem Bildungsinvestitionsgesetz und erhöht sie ab dem Jahr 2025 um 10 Millionen Euro pro Jahr, wobei die zusätzlichen 10 Millionen Euro für tatsächlich anfallende Personalkosten im Freizeitbereich in der schulischen Tagesbetreuung sowie für außerschulische Betreuungsangebote an ganztägigen Schulformen in den Ferienzeiten bzw. an für schulfrei erklärten Tagen zu verwenden sind. Die länderweisen Anteile daran richten sich nach der Volkszahl.“*

Das BMBWF hat uns bislang keine aktuellen Vorschläge zur Abstimmung übermittelt.

**3. Ist Ihrerseits vorgesehen, den Volksschulen mehr Kontingente zur Verfügung zu stellen, sodass zumindest an jedem Schultag für wenigstens eine Schulstunde eine zweite (Assistenz-) Lehrperson eingesetzt werden könnte? Wenn ja, wie sehen die konkreten Pläne aus? Wenn nein, warum nicht?**

Das Land Vorarlberg stellt den Volksschulen bereits seit dem Schuljahr 2013/14 im Rahmen des Volksschulpakets zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung. Diese werden in vielfältiger Weise schulautonom in der Grundstufe I (Vorschule, 1./2. Schulstufe) eingesetzt. Kleine Schulstandorte erhalten bis zu eine Stunde mehr pro Klasse, große Schulen im Durchschnitt drei Zusatzstunden pro Klasse. Allerdings werden dem Paket aufgrund des bestehenden Lehrermangel natürlich auch Grenzen gesetzt. Es ist jedenfalls nicht korrekt, dass in Volksschulklassen grundsätzlich nur eine Lehrperson eingesetzt wird. Weitere Zusatzressourcen gibt es zudem auch für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, außerordentliche SchülerInnen, Flüchtlingskinder etc.

**4. Laut Medienberichten haben Sie eine Werbekampagne zur Abwerbung von Lehrpersonen in anderen Bundesländern – u. a. im Burgenland - durchgeführt. Welche Kosten sind dafür angefallen und welche Resultate können Sie vorweisen? (Bitte um eine detaillierte Aufzählung nach Anzahl und Herkunft aus Ländern.)**

Im Rahmen der PR-Kampagne „bildung bringt's“ wirbt das Land Vorarlberg schon seit einigen Jahren auch in anderen Bundesländern, in denen der Lehrermangel noch nicht so dramatisch ist. Die erwähnte Kampagne im Burgenland wurde heuer bewusst erst im August gestartet, nachdem klar war, dass dort bereits alle Lehrerstellen besetzt sind und nicht alle BewerberInnen eine Zusage erhalten haben. Die Kosten dieser Plakatkampagne beliefen sich auf insgesamt € 16.123,25. Darüber hinaus wurden Ende April/Anfang Mai ÖBB-Railscreens außerhalb Vorarlbergs für insgesamt € 10.272,02 gebucht.

Es gab zwar einzelne Anfragen von Lehrpersonen aus dem Burgenland, beworben hat sich dann allerdings niemand. Hingegen konnten wir – vermutlich auch aufgrund der bundesweiten und wiederholten medialen Berichterstattung – über die Kampagne zu Schulbeginn insgesamt acht

Lehrpersonen aus anderen Bundesländern (je 2 aus Tirol, Steiermark und Wien, je 1 Kärnten und Niederösterreich) neu im Schuldienst anstellen. Darüber hinaus haben sich auch noch PensionistInnen und QuereinsteigerInnen gemeldet, die im Zuge der öffentlichen Berichterstattung von der Personalsituation in Vorarlberg erfahren haben. Tatsache ist, dass inzwischen auch andere Bundesländer den zunehmenden Lehrkräftemangel zu spüren bekommen und kaum mehr Wartelisten bestehen. Es ist auch nicht unser grundsätzliches Ziel, Lehrpersonen aus anderen Bundesländern abzuwerben.

Die Werbemaßnahmen in anderen Bundesländern sind jedenfalls nur eine Maßnahme von vielen im Bereich der LehrerInnenrekrutierung (siehe auch Frage 6).

**5. Wie viele der aktuell unterrichtenden Lehrpersonen an Pflichtschulen verfügen über keine vollwertige pädagogische Ausbildung und welche Ausbildung können Sie stattdessen vorweisen?**

In der Sekundarstufe I verfügen 132 Lehrpersonen (von insgesamt 1.831 Lehrpersonen) über keine pädagogische Ausbildung. Es handelt sich meist um Personen mit fachlich geeignetem Hochschulstudium (z.B. Wirtschaftswissenschaften, Geographie, Anglistik, Germanistik, Architektur).

Im Primarstufenbereich verfügen – abgesehen von wenigen Ausnahmen – alle Lehrpersonen über eine pädagogische Ausbildung (Lehramtsstudium, Pädagogik-, Erziehungswissenschaftsstudium, Kathi-Lampert-Schule, Akademie für Sozialarbeit, Fachschulen für Sozialarbeit, Heilpädagogische Ausbildung, Kindergartenpädagogik etc.).

**6. Welche zusätzlichen Initiativen haben Sie gesetzt oder geplant, um eine Entlastung der Volksschullehrer:innen in ihren vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben zu gewähren?**

Das Land Vorarlberg und die Bildungsdirektion für Vorarlberg bemühen sich laufend darum, alle Schulen in Vorarlberg bestmöglich in ihren Aufgaben zu unterstützen. Aufgrund des Lehrermangels und der damit verbundenen Zusatzbelastung von Lehrpersonen durch Mehrdienstleistungen wurden insbesondere die Anstrengungen verstärkt, mehr Lehrpersonen für ein Lehramtsstudium und eine Anstellung in Vorarlberg zu gewinnen. Nur durch diese personelle Verstärkung kann eine nachhaltige Entlastung der aktiven Lehrerinnen und Lehrern erreicht werden.

Mit Einrichtung der Projektstelle „Arbeitsplatz Schule“ im März 2022 hat Vorarlberg als erstes Bundesland offensiv auf den Lehrkräftemangel reagiert und ein österreichweit einzigartiges Modell initiiert, das sämtliche Maßnahmen zur LehrerInnenrekrutierung zusammenführt und weiterentwickelt. Das Bildungsministerium hat diese Idee inzwischen übernommen und im

Rahmen der Ressortstrategie „Klasse Job“ neben anderen Maßnahmen (z.B. Werbung) in allen Bildungsdirektionen eine Bedarfskoordination eingesetzt. In der Bedarfskoordination in der Bildungsdirektion für Vorarlberg laufen nun beide Initiativen zusammen. Im laufenden Schuljahr werden verschiedene Aktivitäten gesetzt, wobei der Hauptfokus klar auf der Gewinnung junger Menschen für ein Lehramtsstudium liegt:

- „Students Teach Students“: SchülerInnen der Oberstufe (7. Klasse AHS bzw. 4. Jahrgang BHS) haben die Möglichkeit, in die Rolle einer Lehrerin bzw. eines Lehrers zu schlüpfen und erste Unterrichtserfahrungen an einer Pflichtschule zu sammeln. Im Herbst finden die Infoveranstaltungen an interessierten Schulen statt. Nach einer Einführung an der PH wird dann das Praktikum im Februar/März absolviert. Im vergangenen Jahr haben 84 Jugendliche das Projekt abgeschlossen, heuer haben sich bereits 300 interessierte SchülerInnen gemeldet. 70 Volks- und Mittelschulen bieten Praxisplätze an.
- Schulbesuche: Seit Herbst werden auch wieder interessierte Maturaklassen besucht. Ziel ist es, Werbung für den Lehrerberuf zu machen und die MaturantInnen über das Lehramtsstudium an der PH Vorarlberg zu informieren.
- Bildungsmessen: Ergänzend wird die Bildungsdirektion für Vorarlberg auf inhaltlich passenden Bildungsmessen in Österreich, aber auch im deutschen Raum vertreten sein, um die beruflichen Möglichkeiten als Lehrperson in Vorarlberg vorzustellen und einen noch breiteren BewerberInnenpool aufzubauen.
- Kooperationen mit Systempartner: Die Bedarfskoordination steht mit Systempartnern (z.B. AMS, ÖIF, BIFO, aha, Bundesheer) in Kontakt und bietet für verschiedenen Zielgruppen gemeinsame Informationsveranstaltungen an.
- Kontakte mit deutschsprachigen Schulen im Ausland: Neu wird ein Fokus auf deutschsprachige Lehrpersonen und QuereinsteigerInnen im nahegelegenen Ausland gesetzt. Gerade in einigen osteuropäischen Ländern gibt es exzellente deutschsprachige Schulen mit sehr guten AbsolventInnen oder Lehrkräften, für die Vorarlberg ein interessantes Ziel sein könnte.
- Welcome Center: Das Welcome Center in der Bildungsdirektion steht BewerberInnen und neuen Lehrkräften für ihre Fragen und Anliegen zur Verfügung. Es bietet eine intensive, persönliche Beratung an (angefangen von Fragen zu Arbeitsinhalten oder Dienstvertrag bis hin zur Unterstützung auswärtiger Lehrpersonen bei der Wohnungssuche oder Fragen zum Nachzug der Familie). Eine Willkommensbroschüre gibt neuen Lehrkräften eine kompakte Übersicht zum Einstieg in den Schuldienst.
- Werbung im Rahmen der Landeskampagne „bildung bringt’s“: Begleitend zu den direkten Kontakten werden je nach Zielgruppe verschiedene Werbeaktivitäten über Printmedien, Social Media, Plakate, City Lights, Bus-/Railscreens, Radio, TV etc. gesetzt. Damit wird zum einen versucht, das Image des Lehrerberufs aufzubessern, und zum anderen werden gezielt Lehrpersonen und QuereinsteigerInnen für den Schuldienst in Vorarlberg angesprochen.



- Persönliches Coaching für Lehrpersonen: Ab Januar wird neuen Lehrkräften, QuereinsteigerInnen und RückkehrerInnen in den Schuldienst ein ehrenamtliches Coaching-Angebot offeriert. Bei Bedarf erfahren diese Unterstützung durch pensionierte Lehrkräfte.

Parallel dazu wird natürlich auch weiterhin an Verbesserungen im Bereich der administrativen und psychosozialen Entlastung an allen Schulen gearbeitet. Das Land Vorarlberg sorgt seit vielen Jahren für Entlastung des Lehrpersonals, indem es – außerhalb seiner eigentlichen Zuständigkeit – administrative Assistenz finanziert. Diese Finanzierung bzw. Förderung wurde vor zweieinhalb Jahren nochmals deutlich erhöht. Im Budget 2023 sind 2,2 Mio. Euro dafür vorgesehen.

Vorarlberg hat somit seit Jahren eine Vorreiterrolle beim Ausbau der Schulassistenz, aber auch im Bereich der administrativen Entlastung. Beides trägt direkt und indirekt massiv zur Entlastung des Lehrpersonals und der Schulleitungen bei. Mit dem Schuljahr 2022/23 wurde die administrative Entlastung massiv ausgebaut, jede Pflichtschule verfügt nun über ein Schulsekretariat. Die Stundenanzahl ist abhängig von der Schülerzahl, kleinere Standorte teilen sich eine Assistenzkraft. Zudem wurde für das Entlastungspersonal auch ein umfassendes Schulungspersonal etabliert.

Im psychosozialen Bereich wurde die Unterstützung der Schulen durch Schulsozialarbeit in den vergangenen vier Jahren – beeinflusst vor allem durch den gestiegenen Bedarf im Zuge der Corona-Pandemie – ebenfalls sukzessive ausgebaut. Es gibt einen guten Mix aus stationärem Unterstützungspersonal, das Pflichtschulen in zehn Planungsräumen fix zugeteilt ist, und mobilen Einheiten für alle anderen Schulstandorte. Aktuell haben wir in Vorarlberg 22,1 VZÄ für die Schulsozialarbeit verteilt auf die zehn Planungsräume und auf einen Pool für die mobile Schulsozialarbeit. Ein weiterer Ausbau bzw. der Ausbau auf 40 Vollzeitstellen ist seitens der Landesregierung bzw. des Sozialfonds bereits geplant.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Schöbi-Fink